

(Hbg. Niem.)

(A) lich einmal aufhören, von der anderen Seite die Religion in die Debatte hereinzuziehen. Es ist da geredet worden von der hohen ethischen Aufgabe der Kirche und der Geistlichkeit. Davon sprach sowohl der Herr Minister als auch der Herr Abg. Dr. Böhme. Ich muß nun sagen: die Versammlung, die vor einiger Zeit, wenn ich nicht irre, hier in dieser Saale, getagt hat, nämlich die Synode, hat allerdings nicht viel von dieser hohen ethischen Auffassung der Geistlichen erkennen lassen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es handelte sich da um sehr materielle Dinge. Wenn in ähnlicher Weise die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen vertreten, in so prononciert Weise, wie das dort geschehen ist, so würde man den Arbeitern vorwerfen, daß sie Unzufriedenheit säen,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

daß ihre Forderungen unerhört wären, daß sie Heher wären.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(B) Ich will nur an die Äußerungen des Herrn Pastors Kühn (Weigsdorf) erinnern, der gesagt hat, daß man ein Finanzkünstler sein müsse, um mit 2600 M. eine Familie erhalten zu können. Meine Herren! Dann sind sämtliche Arbeiter Finanzkünstler, wenn es so ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

(Zuruf rechts: Nicht nur die Arbeiter!)

Herr Pastor Kühn mußte sogar von dem Vorsitzenden der Synode zur Mäßigung gemahnt werden. Die Synode ist jetzt vorüber, und man kann es sich ersparen, von der hohen ethischen Aufgabe der Geistlichen und der Kirche zu reden, wenn man Pensionsansprüche und Witwen- und Waisenfürsorge begründen will. Damit beweist man gar nichts. Es ließe sich darüber noch sehr viel sagen; ich will aber verzichten. Es wird bei der späteren Beratung Gelegenheit sein, darauf zurückzukommen.

Auch die Mittelstandsfrage ist angeschnitten worden, und da war es Herr Abg. Opitz besonders, der meinte, daß gerade der Mittelstand es sei, namentlich der ländliche Mittelstand, der so ganz und gar nicht vom Staate geschützt würde. Das ist aber absolut nicht richtig. Die Sozialdemokratie ist nicht schuld daran, wenn der Mittelstand nicht geschützt wird; die hat bei Bearbeitung der Reichsversicherungsordnung alles mögliche getan, um ihm die Segnungen der Reichs-

versicherungsbildung zuzuwenden, und es waren die (C) anderen Parteien, die nicht mitmachen wollten. Und was den ländlichen Mittelstand anlangt, so muß ich schon sagen: man redet immer vom ländlichen Mittelstande, meint aber damit die Großgrundbesitzer. Vom Staate ist genug getan worden, um denen alles mögliche zuzuwenden durch die Zollgesetzgebung. Es bedarf nur dieses einen Wortes, um das im vollen Maße zu beweisen. Alle anderen, besonders aber die Arbeiter, leiden unter dieser Mittelstandsfürsorge, wie sie nicht sein soll.

Es wurde gesagt: Das Rückgrat des Staates ist der Mittelstand. Ich weiß nicht, wie man das auffassen soll. Ich habe immer gemeint — und das ist wiederholt betont worden von Nationalökonomern, von Leuten, die nicht in Verdacht kommen, Sozialdemokraten zu sein —, daß das Rückgrat des Staates das arbeitende Volk ist, daß ohne das arbeitende Volk der Staat gar nicht existieren kann. Wenn es des Mittelstandes bedarf, so liegt das auch in der Entwicklung, in der Entwicklung zum Großbetriebe. Naturnotwendig und notgedrungen führt das zur Erschwerung der Existenz des Mittelstandes. Das liegt nicht an uns, wir konstatieren nur, daß das so ist. Wir werfen uns aber nicht so auf, als wenn wir allein den Mittelstand schützen wollten. Im vorigen Landtage hat sich ja (D) die Mittelstandspartei konstituiert. Das war eigentlich etwas deplaciert, aber man weiß ganz genau, wozu man dieses Aushängeschild gebrauchen will.

Meine Herren! Ich muß auch darauf hinweisen, daß, wenn hier mein Freund Fräßdorf einen Vergleich gezogen hat zwischen der Fürsorge für die Arbeiter und der für die Beamten, dies durchaus berechtigt ist. Dieses ungeheure Wohlwollen, das von allen Seiten hier betont worden ist, den Beamten zu helfen, ihnen alles mögliche zuzuwenden, dieses Wohlwollen sollte man auch bezeugen von seiten der Regierung und der anderen Parteien, wenn einmal etwas für die Arbeiter verlangt wird. In der vorigen Session ist von uns etwas für sie verlangt worden, und die Regierung hat sich bisher in keiner Weise geneigt gezeigt, z. B. in der Frage der Arbeitslosenversicherung etwas zu tun. Vielleicht kommt es noch. Wir werden auch in dieser Session selbstverständlich Gelegenheit nehmen, die Forderungen der Arbeiter hier zu vertreten, und daß das sehr notwendig ist, darüber ist wohl bei keinem ein Zweifel, nachdem von der Synode das Lied von der Teuerung in allen Tönen gesungen worden ist, um damit eine Erhöhung der Bezüge der Geistlichen zu begründen.